

---

# Globalisierung und Zuzug von Flüchtlingen 2016

---

Ergebnisbericht einer Befragung von StudienbewerberInnen der TU Darmstadt



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
DARMSTADT

---

Ergebnisbericht einer Befragung von StudienbewerberInnen der TU Darmstadt

Dipl.-Soz. Anke Metzler  
Technische Universität Darmstadt  
Institut für Soziologie  
Empirische Sozialforschung  
Karolinenplatz 5  
64283 Darmstadt  
metzler@ifs.tu-darmstadt.de

Prof. Dr. Marek Fuchs  
Technische Universität Darmstadt  
Institut für Soziologie  
Empirische Sozialforschung  
Karolinenplatz 5  
64283 Darmstadt  
fuchs@ifs.tu-darmstadt.de

---

## Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse

Der vorliegende Bericht stellt die zentralen Ergebnisse der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung dar. Die Befragung wurde von dem Arbeitsbereich empirische Sozialforschung, Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt initiiert und durchgeführt.

Die Durchführung der Befragung erfolgte im Zeitraum vom 11.03.2016 bis 31.03.2016. Zu der Befragung wurden alle StudienbewerberInnen der TU Darmstadt der Jahre 2012 bis 2015 eingeladen (66.535). Die Befragung wurde als Online-Befragung konzipiert. Insgesamt haben sich 4.620 StudienbewerberInnen an der Befragung beteiligt. Die Ausschöpfungsquote lag bei insgesamt 7 Prozent.

Die Befragung dient der Einschätzung, wie junge Menschen am Bildungsübergang von der Schule in die Universität zu Zeiten der Flüchtlingskrise den Prozess der Globalisierung, die europäische und deutsche Politik einschätzen. Der Schwerpunkt der Umfrage lag darin, zu erfassen, wie junge Menschen am Bildungsübergang von der Schule in die Universität Flüchtlingen gegenüber treten.

Betrachtet man die Einstellung der Befragten gegenüber der Globalisierung zeigt sich, dass der Begriff „Globalisierung“ bei den Befragten eine positive Assoziation weckt. Die Befragten betonen die persönlichen Vorteile und die Vorteile für Deutschland durch die Globalisierung. Nur in Bezug auf die Bewertung der Vorteile für die Welt als Ganzes äußern sich die Befragten etwas kritischer.

Neben Deutschland und der eignen Person sehen die Befragten durch die Globalisierung auch für viele weitere Institutionen mehr Vor- als Nachteile. Aus Sicht von fast allen Befragten profitieren insbesondere multinationale Konzerne von der Globalisierung; dicht gefolgt von den Finanzmärkten. Mehr als die Hälfte der Befragten finden auch, dass die Vereinigten Staaten, China, die Europäische Union und allgemein die VerbraucherInnen von der Globalisierung besonders profitieren. Nur wenige Befragte sind der Meinung, dass mittelständische Unternehmen, Entwicklungsländer und Bäuerinnen/Bauern von der Globalisierung profitieren.

Bezüglich der Kosten und Nutzen der EU Erweiterung zeigt sich unter den Befragten kein eindeutiges Meinungsbild. Die Mehrheit der Befragten hält jedoch die Europäische Union im Vergleich zur jeweiligen nationalen Regierung für geeigneter, wenn es um das Wohl der Bürger des jeweiligen Landes geht. Dieses positive Meinungsbild gegenüber der Europäischen Union wird auch dadurch verstärkt, dass gut zwei Drittel der Befragten gegen einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union votieren.

---

Einwanderung wird mit Abstand von den meisten Befragten als politische Herausforderung für Deutschland genannt. Danach folgen die Themen Gesundheit und Krankenversicherung, Datenschutz und Bildungssystem. Staatsverschuldung und zu hohe Steuern nennt jedoch nur jede/jeder zehnte Befragte als relevantes politisches Problem Deutschlands.

Gegenüber Zuwandernden zeigt sich ein sehr positives Bild bei den Befragten. Die Befragten betonen, dass Deutschland durch Zuwandernde aufgeschlossener geworden ist und sie gut für die deutsche Wirtschaft sind. Die Mehrheit der Befragten ist nicht der Meinung, dass Zuwandernde Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen und nur knapp ein Viertel der Befragten ist der Meinung, dass Zuwandernde die Kriminalitätsrate erhöhen.

Auch die Einstellung gegenüber Flüchtlingen fällt überwiegend positiv aus. Die Mehrheit der Befragten ist nicht der Meinung, dass die deutsche Wirtschaft durch die Flüchtlinge überfordert ist und Flüchtlinge zu viele kulturelle Unterschiede nach Deutschland bringen. Bezüglich der Überforderung der Hilfsbereitschaft der BürgerInnen zeigt sich bei den Befragten kein deutliches Meinungsbild. Der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass Flüchtlinge die Hilfsbereitschaft überfordern, ist fast genau so groß wie der Anteil der Befragten, die nicht dieser Meinung sind. Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, dass sie sich eher zugunsten von Flüchtlingen als der einheimischen Bevölkerung sozial engagieren würden. Ein Viertel der Befragten betont aber auch, dass generell das Wohlergehen der eigenen Bürger wieder priorisiert werden sollte. Einer Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen stimmt knapp die Hälfte der Befragten nicht zu; der Anteil der Befragten, die eine Flüchtlingsbegrenzung befürworten ist mit 34 Prozent ebenfalls beträchtlich. Die Befragten bewerten Krieg und Verfolgung im Heimatland als die Gründe, die am ehesten eine Asylaufnahme in Deutschland rechtfertigen. In Deutschland lebende Angehörige und wirtschaftliche Unsicherheit im Heimatland werden nur von wenigen Befragten als Gründe für eine Gewährung von Asyl genannt.

Insgesamt zeigt sich, dass die Befragten gegenüber dem Prozess der Globalisierung, der Europäischen Union, der deutschen Politik, Zuwandernden und Flüchtlingen sehr positiv gestimmt sind. Dies stimmt mit den Ergebnissen anderer Studien überein, die ebenfalls belegen, dass insbesondere gut gebildete Menschen eine positive Einstellung gegenüber Flüchtlingen haben (BertelsmannStiftung, 2017; Zick et al. 2016).

---

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>7</b>
<b>2. Ergebnisse</b> .....	<b>8</b>
2.1 Einstellung gegenüber der Globalisierung.....	8
2.2 Profitierende Institutionen der Globalisierung .....	11
2.3 Einstellung gegenüber der Europäische Union .....	11
2.4 Relevanz politischer Themen in Deutschland.....	14
2.5 Einstellung gegenüber Zuwandernden und Flüchtlingen.....	15
2.6 Gerechtfertigte Gründe für die Aufnahme von AsylbewerberInnen .....	17
2.7 Politikverdrossenheit und Politik in Deutschland .....	19
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>21</b>
<b>Anhang: Methode</b> .....	<b>22</b>
Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie .....	22
Methode, Aufbau und Inhalte des Fragebogens .....	22
Feldphase.....	23
Teilnahmeverhalten und Stichprobenqualität .....	24

---

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Assoziationen mit dem Begriff "Globalisierung" .....	9
Abbildung 2: Einstellung gegenüber der Globalisierung .....	9
Abbildung 3: Profitierende Institutionen der Globalisierung .....	11
Abbildung 4: Politische Herausforderungen in Deutschland .....	14
Abbildung 5: Einstellung gegenüber Zuwandernden .....	15
Abbildung 6: Gerechtfertigte Gründe für die Aufnahme von AsylbewerberInnen .....	18
Abbildung 7: Politikverdrossenheit, Politikwissen, Politikverständnis .....	19
Tabelle 1: Einstellung gegenüber der Europäischen Union .....	12
Tabelle 2: Einstellung gegenüber Flüchtlingen .....	16
Tabelle 3: Merkmale Bewerbungsjahr, Geschlecht und Fach-/Studienbereich der StudienbewerberInnen in Brutto- und Nettostichprobe (Angaben in Prozent, N in Klammern) .....	24

---

## 1. Einleitung

*„Das [die Flüchtlingskrise] ist unser Rendezvous mit der Globalisierung – ob uns diese Begegnung nun gefällt oder nicht.“*

(Dr. Wolfgang Schäuble - Bundesfinanzminister)

Im Zeitalter der Globalisierung vernetzen sich die Nationen in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen wie Politik und Wirtschaft, Technik und Wissenschaft sowie Kultur und Gesellschaft immer stärker. Diese Vernetzung fordert ein hohes Maß an internationaler Kooperation. Konsequenzen von Problemen und Krisen einzelner Staaten, wie der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg in Syrien, werden nicht mehr nur auf nationaler Ebene sondern von der ganzen Welt getragen.

Der Bürgerkrieg in Syrien führte 2015 zu einem der größten Flüchtlingsströme seit dem zweiten Weltkrieg (Zeit Online, 2015). Von der Flucht der schutzsuchenden SyrerInnen sind die Nachbarstaaten Syriens am stärksten betroffen (bpb, 2015). Aber auch in den Länder der Europäischen Union suchen viele Flüchtlinge Schutz, so dass auch Europa vor großen Herausforderungen steht. Im Jahr 2015 sind mehr als eine Millionen Flüchtlinge und MigrantInnen in Ländern der Europäischen Union angekommen (EU, 2016). Insgesamt wurden im Jahr 2015 in den EU-Staaten 1.322.190 Asylanträge gestellt. Dies ist seit 1992 der höchste Wert und stellt gegenüber dem Tiefstand im Jahr 2006 mit knapp 200.000 Asylanträgen in den EU-Staaten einen enormen Zuwachs dar. Allein im Vergleich zum Vorjahr 2014 (627.780 Asylanträge) hat die Anzahl von Asylanträgen im Jahr 2015 um 111 Prozent zugenommen. 2016 war die Anzahl der Asylanträge in der Europäischen Union im Vergleich zum Jahr 2015 wieder rückläufig (-5 Prozent), lag aber immer noch bei knapp 1,3 Millionen (BAMF, 2017). Der Großteil der Flüchtlinge kommt aus Syrien, aber auch Menschen aus Afghanistan, dem Irak sowie des afrikanischen Kontinents sind in den vergangenen Jahren in Ländern der Europäischen Union angekommen. Verfolgung, Krieg und Armut im Heimatland sind Hauptursachen für die Flucht (IAB, 2016). Gegenüber Personen aus Kriegsgebieten oder mit berechtigter Furcht vor Verfolgung hat die Europäische Union eine rechtliche und moralische Verpflichtung zur Hilfe. Sogenannte WirtschaftsmigrantInnen, Personen, die ihr Heimatland verlassen, um einen besseren Lebensstandard zu erzielen, benötigen diesen Schutz jedoch nicht und wenn ihr Asylantrag abgelehnt wird, müssen sie wieder in ihr Heimatland zurückkehren (EU, 2016).

Die Anzahl der Asylanträge ist in den EU-Staaten sehr ungleich verteilt. In den fünf Mitgliedsstaaten Deutschland, Italien, Frankreich, Griechenland und Österreich wurden im Jahr 2016

---

insgesamt 83 Prozent der Asylanträge in den EU-Staaten gestellt (BAMF, 2017). In Deutschland wurden im Jahr 2016 745.265 Asylanträge eingereicht. Dies macht insgesamt 59 Prozent aller Asylanträge in den EU-Staaten im Jahr 2016 aus und entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Zuwachs von 56 Prozent (BAMF, 2017).

Verschiedene Strategien werden auf der Ebene Europas sowie der einzelnen Länder entwickelt, um die unmittelbare Flüchtlingskrise zu bewältigen. Jedoch gibt es immer noch keine Einigung der 28 EU-Mitgliedstaaten, wie die Schutzsuchenden verteilt werden sollen und in Deutschland trifft Angela Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik auch auf viel Widerstand.

Um mehr Kenntnis darüber zu erlangen, wie junge Menschen am Bildungsübergang von der Schule in die Universität zu Zeiten der Flüchtlingskrise den Prozess der Globalisierung, die europäische und deutsche Politik einschätzen, haben wir Anfang des Jahres 2016 die in diesem Bericht vorgestellte Umfrage geplant und durchgeführt. Der Schwerpunkt der Umfrage lag darin, zu erfassen, wie junge Menschen am Bildungsübergang von der Schule in die Universität Flüchtlingen gegenüber treten.

Der vorliegende Ergebnisbericht fasst die zentralen Befragungsergebnisse zu den Themen Globalisierung, europäische und deutsche Politik sowie Flüchtlingskrise zusammen. Im Anhang des Berichts wird die Anlage und Durchführung der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung beschrieben.

## **2. Ergebnisse**

### **2.1 Einstellung gegenüber der Globalisierung**

Der Begriff „Globalisierung“ weckt bei der Mehrheit der Befragten (54,7 Prozent) eine positive Assoziation. Nur knapp ein Fünftel der Befragten (19,3 Prozent) assoziieren ein negatives Bild mit dem Begriff „Globalisierung“ (s. Abb. 1).

Diese positive Einstellung gegenüber dem Prozess der Globalisierung zeigt sich auch bei den beiden Fragen zu der Vorteilhaftigkeit der Globalisierung für einen persönlich und in Bezug auf Deutschland (s. Abb. 2). Der Aussage „Die Globalisierung hat für mich persönlich mehr Vorteile als Nachteile.“ stimmen insgesamt 74 Prozent der Befragten zu und nur 6 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu. Ähnlich sind die Ergebnisse zu der Aussage „Die Globalisierung hat für Deutschland mehr Vorteile als Nachteile.“ Dieser stimmen insgesamt 77 Prozent der Befragten zu und ebenfalls nur 6 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage nicht zu.



Anders verhält es sich jedoch, wenn die Befragten nach der Vorteilhaftigkeit der Globalisierung in Bezug auf die ganze Welt gefragt werden. Der Aussage „Die Globalisierung hat für die Welt als Ganzes mehr Vorteile als Nachteile“ stimmen insgesamt gut ein Drittel der Befragten zu (35 Prozent) und ebenfalls knapp ein Drittel der Befragten (30 Prozent) stimmen dieser Aussage nicht zu.

Die Befragten haben gegenüber der Globalisierung eine sehr positive Einstellung. Die Mehrheit der Befragten sieht für ihre eigene Person und für

Deutschland durch die Globalisierung mehr Vor- als Nachteile. Nur der Aussage, ob die Globalisierung der Welt als Ganzes mehr Vor- als Nachteile bringt, stimmen lediglich ein Drittel der Befragten zu. Die Vorteilhaftigkeit der Globalisierung in Bezug auf die Welt als Ganzes fällt etwas negativer aus. Dies könnte daran liegen, dass in Bezug auf die Welt als Ganzes auch alle Institutionen in die Bewertung miteinbezogen werden, die nicht von der Globalisierung profitieren.

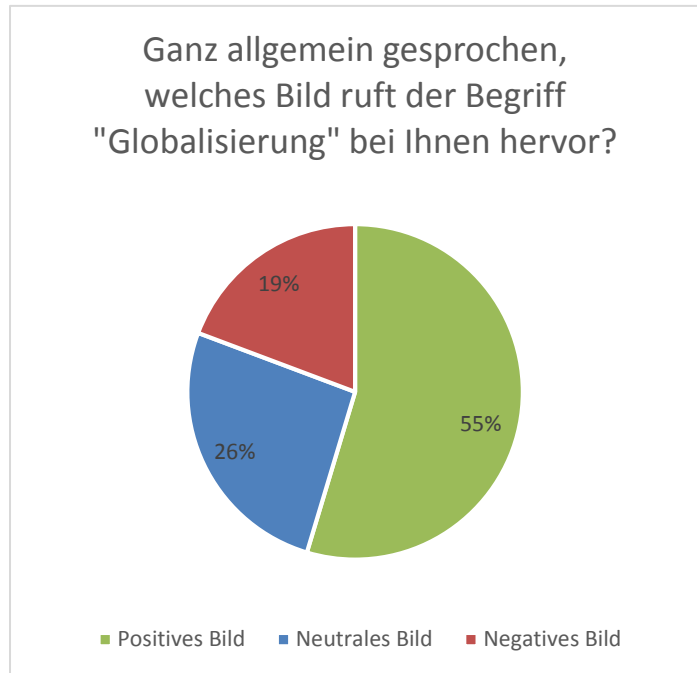


Abbildung 1: Assoziationen mit dem Begriff "Globalisierung"

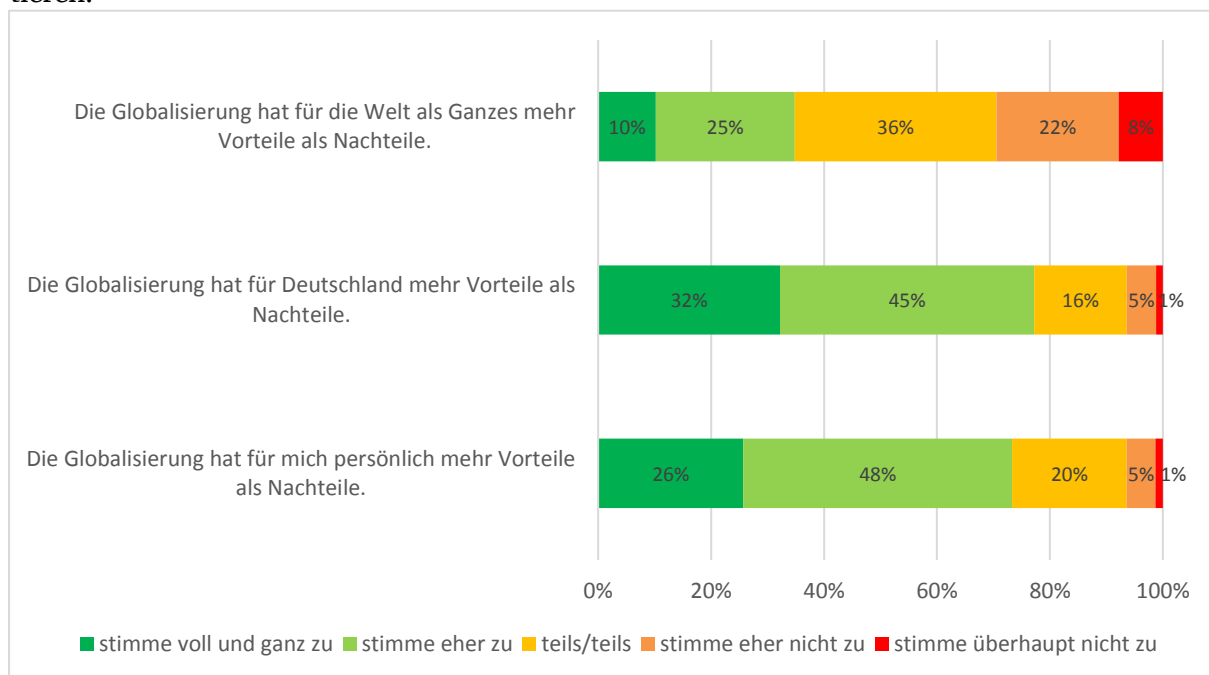


Abbildung 2: Einstellung gegenüber der Globalisierung

---

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass die positive Assoziation mit dem Begriff „Globalisierung“, die persönlichen Vorteile und die Vorteile für Deutschland von Männern deutlicher betont werden als von Frauen. Frauen haben häufiger eine neutrale Einstellung gegenüber den genannten Aspekten. In Bezug auf die Bewertung der Vorteile der Globalisierung für die Welt als Ganzes unterscheiden sich Männer und Frauen nicht.

Die Betrachtung differenziert nach angestrebter Studiendisziplin weist ebenfalls signifikante Unterschiede in der Einstellung gegenüber der Globalisierung auf. In Bezug auf die Assoziation mit dem Begriff „Globalisierung“, die persönlichen Vorteile und die Vorteile für die Welt sind die kritischer gestimmten Sozial- und GeisteswissenschaftlerInnen einerseits und die positiver gestimmten NaturwissenschaftlerInnen sowie IngenieurwissenschaftlerInnen andererseits für diese signifikanten Differenzen verantwortlich. Bezüglich der Vorteile für Deutschland unterscheidet sich nur die positivere Einschätzung der NaturwissenschaftlerInnen signifikant von der kritischeren Einschätzung der Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen. Die Einschätzung der Vorteile für Deutschland der IngenieurwissenschaftlerInnen unterscheidet sich weder von der Einschätzung der NaturwissenschaftlerInnen noch von der Einschätzung der Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen.

Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Einstellung zur Globalisierung. Die persönlichen Vorteile und die Vorteile für Deutschland werden von Befragten ohne Migrationshintergrund deutlicher betont als von Befragten mit Migrationshintergrund. Bezüglich der Einschätzung der Vorteile für die Welt als Ganzes sind Befragte mit Migrationshintergrund positiver und Befragte ohne Migrationshintergrund kritischer gestimmt. Dies könnte daran liegen, dass Personen mit Migrationshintergrund durch die Migration ihre Lebensbedingungen verbessern konnten und sie diesen Vorteil und die Möglichkeit der internationalen Mobilität der Globalisierung zuschreiben.

---

## 2.2 Profitierende Institutionen der Globalisierung



Neben den Vorteilen für Deutschland und den persönlichen Vorteilen durch die Globalisierung sehen die Befragten auch für einige weitere Institutionen überwiegend Vorteile durch die Globalisierung. Aus Sicht der Befragten profitieren von der Globalisierung vor allem multinationale Konzerne (93 Prozent) und Finanzmärkte (83 Prozent). Danach folgen die Industriestaaten wie die Vereinigten Staaten (69 Prozent), China (69 Prozent) und die Europäische Union (66 Prozent). VerbraucherInnen im Allgemeinen profitieren

laut mehr als der Hälfte der Befragten von der Globalisierung (59 Prozent) und knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent) ist der Meinung, dass auch Japan von der Globalisierung profitiert. Am wenigsten profitieren, nach der Meinung der Befragten, mittelständische Unternehmen (23 Prozent), Entwicklungsländer (18 Prozent) und Bäuerinnen/Bauern (4 Prozent) von der Globalisierung (s. Abb. 3).

Differenziert nach Geschlecht, angestrebter Studiendisziplin oder Migrationshintergrund zeigen sich kaum Unterschiede in der Rangfolge der Institutionen, die von der Globalisierung profitieren. Auch in allen Teilgruppen profitieren aus Sicht der meisten Befragten insbesondere multinationale Konzerne und Finanzmärkte von der Globalisierung, während in allen Teilgruppen nur wenige Befragte der Meinung sind, dass Entwicklungsländer und Bäuerinnen/Bauern von der Globalisierung profitieren. Auffällig ist jedoch, dass signifikant mehr Männer (27 Prozent) als Frauen (17 Prozent) der Meinung sind, dass mittelständische Unternehmen von der Globalisierung profitieren ( $\chi^2(1, 4.522) = 64,95, p < ,001, \Phi = -,12$ ).

## 2.3 Einstellung gegenüber der Europäische Union

Die Ergebnisse der drei Fragen bezüglich der Kosten und Nutzen der EU Erweiterung zeigen, dass die Befragten sehr unentschlossen sind. Den Aussagen, dass die Erweiterung der EU zu schnell vorangeschritten ist, den Zusammenhalt in Europa schwächt und zu zu vielen kulturel-

len Unterschieden in Europa führt, stimmen jeweils ungefähr ein Drittel der Befragten zu, ungefähr ein weiteres Drittel der Befragten stimmen diesen Aussagen weder zu noch lehnen sie diese ab und das übrige Drittel der Befragten lehnt diese Aussagen ab (s. Tab. 1).

Tabelle 1: Einstellung gegenüber der Europäischen Union

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils/teils	lehne eher ab	lehne voll und ganz ab
(1) Die Erweiterung der EU in den letzten 15 Jahren ist zu schnell gegangen.	14% (604)	25% (1135)	26% (1143)	26% (1181)	9% (411)
(2) Die Erweiterung der EU in den letzten 15 Jahren hat den Zusammenhalt in Europa geschwächt.	10% (453)	29% (1304)	29% (1280)	25% (1106)	7% (326)
(3) Die Erweiterung der EU in den letzten 15 Jahren hat zu viele kulturelle Unterschiede in die EU gebracht.	5% (236)	11% (502)	16% (701)	36% (1609)	32% (1459)
(4) Alle mich betreffenden Entscheidungen sollten von der Bundes- oder Landesregierung getroffen werden, nicht von der EU.	10% (454)	16% (738)	32% (1418)	28% (1249)	14% (630)
(5) Ich finde, dass die einzelnen europäischen Länder besser für ihre BürgerInnen sorgen können als die EU.	7% (319)	16% (694)	24% (1058)	26% (1176)	28% (1241)
(6) Ich kann verstehen, dass manche Menschen sich dafür aussprechen, dass Deutschland aus der EU austreten soll.	7% (314)	11% (510)	13% (571)	24% (1084)	45% (2041)

Mit weiteren zwei Aussagen wurde untersucht, ob die Befragten der Meinung sind, dass sich die Landesregierungen im Vergleich zur Europäischen Union besser um das Wohl der Individuen ihres Landes kümmern können. Der Aussage, dass alle Entscheidungen, die die eigene Person betreffen, von der Landesregierung getroffen werden sollen und nicht von der Europäischen Union, stimmen nur 26 Prozent der Befragten zu. 42 Prozent der Befragten lehnen diese Aussage ab. Ähnlich ist die Verteilung der Antworten in Bezug auf die Aussage, dass einzelne Länder besser für ihre BürgerInnen sorgen können als die Europäische Union. Dieser Aussage stimmen 23 Prozent der Befragten zu und mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) lehnen diese Aussage ab. Die Regierung der Europäischen Union wird demnach für das Wohl der einzelnen BürgerInnen bevorzugt.

Abschließend zeigt auch die Einstellung gegenüber einem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union, dass die Befragten eine positive Einstellung gegenüber der Europäischen Union haben. Mehr als zwei Drittel der Befragten (69 Prozent) lehnen einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union ab. Nur knapp ein Fünftel der Befragten (18 Prozent) stimmen dieser Aussage zu.

---

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass Männer gegenüber der Erweiterung der EU etwas skeptischer eingestellt sind als Frauen. Auch in Bezug auf die Aussage, dass einzelne Länder besser für ihre Bürger sorgen können als die Europäische Union zeigt sich ein signifikanter Unterschied. Wenn es um das Wohl der jeweiligen Bürger eines Landes geht bevorzugen Männer im Vergleich zu Frauen eher die jeweilige Landesregierung als die Europäische Union. Einem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen auch eher Männer zu als Frauen. Insgesamt zeigt sich demnach, dass Frauen eine etwas optimistischere Einstellung gegenüber der Europäischen Union haben als Männer.

In der Einstellung gegenüber der EU je nach angestrebter Studiendisziplin zeigen sich keine Unterschiede.

Befragte mit Migrationshintergrund sind gegenüber der Erweiterung der EU etwas skeptischer eingestellt als Befragte ohne Migrationshintergrund. Unterschiede zeigen sich auch bei den beiden Aussagen, die untersuchen sollen, ob die Befragten der Meinung sind, dass sich die jeweilige Landesregierung im Vergleich zur Europäischen Union besser um das Wohl der Individuen ihres Landes kümmern kann. Personen mit Migrationshintergrund sind im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund eher der Meinung, dass die jeweilige nationale Regierung sich besser um das Wohl ihrer BürgerInnen kümmern kann als die Europäische Union. Einem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen auch eher Personen mit Migrationshintergrund zu als Personen ohne Migrationshintergrund. Insgesamt zeigt sich demnach, dass Personen ohne Migrationshintergrund eine etwas optimistischere Einstellung gegenüber der Europäischen Union haben als Personen mit Migrationshintergrund.

## 2.4 Relevanz politischer Themen in Deutschland

Während die EU Erweiterung auf der Ebene der europäischen Politik ein fortlaufend aktuelles und viel diskutiertes Thema ist, stellt aus Sicht der Befragten auf nationaler Ebene insbesondere das Thema „Einwanderung“ ein wichtiges Problem für Deutschland dar. Als politische Herausforderung für Deutschland nennen 80 Prozent der Befragten die Ein-



Abbildung 4: Politische Herausforderungen in Deutschland  
wanderung. Mit größerem Abstand folgen die Themen Gesundheit und Krankenversicherung (58 Prozent), Datenschutz (49 Prozent) und Bildungssystem (46 Prozent). Am Ende der Rangfolge der politischen Herausforderungen für Deutschland stehen Staatsverschuldung und zu hohe Steuern. Nur 11 Prozent der Befragten bewerten die Staatsverschuldung als wichtiges Problem für Deutschland und 8 Prozent der Befragten nennen zu hohe Steuern als zentrales Problem für Deutschland (s. Abb. 4).

Interessant ist, dass signifikant mehr Männer (37 Prozent) als Frauen (28 Prozent) der Meinung sind, dass in Deutschland steigende Preise/eine Inflation ein zentrales politisches Problem sind ( $\chi^2(1, 4.621) = 47,74, p < ,001, \Phi = -,10$ ). Im Gegensatz dazu sehen signifikant mehr Frauen (43 Prozent) als Männer (32 Prozent) Umwelt- und Klimaprobleme als zentrale politische Herausforderung Deutschlands ( $\chi^2(1, 4.619) = 65,18, p < ,001, \Phi = ,12$ ).

Befragte mit Migrationshintergrund sind häufiger der Meinung, dass Staatsverschuldung und zu hohe Steuern für Deutschland zentrale Probleme darstellen (16 Prozent; 14 Prozent), während nur 9 Prozent bzw. 6 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund Staatsverschuldung bzw. zu hohe Steuern in Deutschland als zentrale Probleme sehen (Staatsverschuldung:  $\chi^2(1, 4.455) = 43,15, p < ,001, \Phi = ,10$ ; zu hohe Steuern:  $\chi^2(1, 4.455) = 87,36, p < ,001, \Phi = ,14$ ). Differenziert nach Geschlecht, angestrebter Studiendisziplin oder Migrationshintergrund zeigen sich aber sonst kaum Unterschiede in der Rangfolge der politisch zentralen Probleme für Deutschland. Einwanderung und Gesundheit und Krankenversicherung werden auch in allen Teilgruppen von den meisten Befragten als zentrale politische Probleme Deutschlands bewertet,

während in allen Teilgruppen nur wenige Befragte Staatsverschulden und zu hohe Steuern als politisch zentrale Probleme für Deutschland sehen.

## 2.5 Einstellung gegenüber Zuwandernden und Flüchtlingen

Allgemein zeigt sich bei den Befragten ein sehr positives Bild gegenüber Zuwandernden (s. Abb. 5). 71 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Zuwandernde Deutschland offener für neue Ideen und andere Kulturen machen. Der Aussage, dass Zuwandernde Menschen, die in Deutschland geboren sind, die Arbeitsplätze wegnehmen, stimmen nur 4 Prozent der Befragten zu. Zuwandernde haben laut 59 Prozent der Befragten einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft und knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) stimmt der Aussage, dass Zuwandernde die Kriminalitätsrate erhöhen, nicht zu.

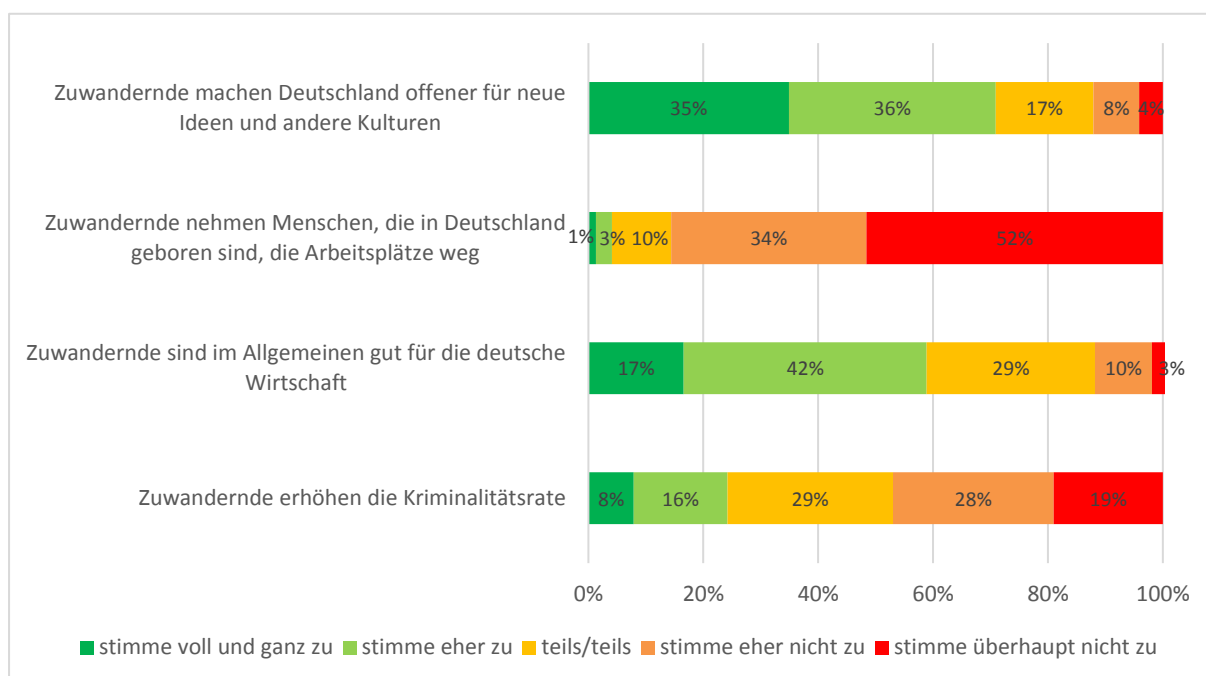


Abbildung 5: Einstellung gegenüber Zuwandernden

Auch die Einstellung gegenüber Flüchtlingen fällt überwiegend positiv aus. Die Mehrheit der Befragten (64 Prozent) ist nicht der Meinung, dass durch die Zuwanderung von Flüchtlingen die Wirtschaftskraft Deutschlands überfordert ist und auch die kulturelle Vielfalt, die durch die Zuwanderung der Flüchtlinge in Deutschland entsteht, wird von der Mehrheit der Befragten nicht problematisch gesehen (60 Prozent). Bezüglich der Einschätzung, ob die Anzahl der Flüchtlinge die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung überfordert, sind sich die Befragten nicht einig. Gut ein Drittel (38 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass die große Zahl von Flüchtlingen die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung überfordert, gut ein Fünftel (22 Prozent) stimmen der Aussage weder zu noch lehnen sie diese ab und 40 Prozent der Befragten lehnen die Aussage ab. Die Mehrheit der Befragten (58 Prozent) stimmt darüber hinaus auch nicht der Aussage zu,

dass sie sich eher für ein Projekt zugunsten der einheimischen Bevölkerung sozial engagieren würden als für ein Projekt zugunsten von Flüchtlingen. Das Wohlergehen der eigenen BürgerInnen wieder zu priorisieren, lehnen Befragte ebenfalls überwiegend ab (45 Prozent). Nur knapp ein Viertel der Befragten (24 Prozent) stimmt diesem Vorhaben zu. Abschließend zeigt auch das negative Meinungsbild über die Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen, dass die Befragten gegenüber Flüchtlingen positiv eingestellt sind. 58 Prozent der Befragten lehnen eine Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen ab. Allerdings ist der Anteil der Befragten, die eine Flüchtlingsbegrenzung befürworten mit 34 Prozent ebenfalls beträchtlich.

Tabelle 2: Einstellung gegenüber Flüchtlingen

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	teils/teils	lehne eher ab	lehne voll und ganz ab
(1) Die derzeitige Zuwanderung von Flüchtlingen überfordert die Wirtschaftskraft Deutschlands.	10% (459)	12% (560)	14% (636)	32% (1443)	32% (1425)
(2) Die große Zahl von Flüchtlingen bringt zu viele kulturelle Unterschiede nach Deutschland.	14% (611)	13% (570)	14% (632)	28% (1278)	32% (1444)
(3) Die große Zahl von Flüchtlingen überfordert die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung.	15% (683)	23% (1060)	22% (1008)	26% (1170)	14% (613)
(4) Wenn ich mich sozial engagieren möchte, ziehe ich ein Projekt zugunsten der einheimischen Bevölkerung einem Flüchtlingsprojekt vor.	8% (378)	11% (473)	23% (1031)	30% (1348)	28% (1264)
(5) Wir sollten uns wieder mehr um das Wohlergehen der eigenen BürgerInnen kümmern.	11% (494)	13% (604)	31% (1415)	27% (1211)	18% (799)
(6) Der Zuzug von Flüchtlingen sollte begrenzt werden.	18% (818)	16% (709)	19% (840)	23% (1029)	25% (1123)

Differenziert nach Geschlecht zeigt sich, dass Frauen eine etwas positivere Einstellung gegenüber Zuwandernden haben als Männer. Frauen finden eher als Männer, dass Deutschland durch die Zuwandernde aufgeschlossener geworden ist und die deutsche Wirtschaft von Zuwandernden profitiert. Frauen sind im Vergleich zu Männern seltener der Meinung, dass Zuwandernde Menschen, die in Deutschland geboren sind, die Arbeitsplätze wegnehmen und dass Zuwandernde die Kriminalitätsrate erhöhen. Ebenfalls nur sehr geringe Differenzen zwischen Männern und Frauen zeigen sich bei dem Meinungsbild gegenüber Flüchtlingen. Die Überforderung der deutschen Wirtschaft durch die Flüchtlinge wird eher von den Frauen betont als von den Männern. Ansonsten zeigen Frauen jedoch eine etwas positivere Einstellung gegenüber Flüchtlingen. Zu viele kulturelle Unterschiede, die Überforderung der Hilfsbereitschaft, soziales Engagement für Projekte zugunsten der einheimischen Bevölkerung einzusetzen, die Priorisierung



---

des Wohlergehens der eignen BürgerInnen und die Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen werden von Männern eher betont als von Frauen.

In der Einstellung gegenüber Zuwandernden zeigen sich auch hinsichtlich der angestrebten Studiendisziplin Unterschiede. Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen haben im Vergleich zu den Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen gegenüber Zuwandernden eine etwas positivere Einstellung. Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen finden eher als Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen, dass Deutschland durch die Zuwandernde aufgeschlossener geworden ist und die deutsche Wirtschaft von Zuwandernden profitiert. Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen sind im Vergleich zu Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen seltener der Meinung, dass Zuwandernde Menschen, die in Deutschland geboren sind, die Arbeitsplätze wegnehmen und dass Zuwandernde die Kriminalitätsrate erhöhen. Auch hinsichtlich der Einstellung gegenüber Flüchtlingen gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen. Das Meinungsbild der Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen ist jedoch im Vergleich zu dem jeweiligen Meinungsbild der Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen etwas positiver. Zu viele kulturelle Unterschiede, die Überforderung der Hilfsbereitschaft, soziales Engagement für Projekte zugunsten der einheimischen Bevölkerung einzusetzen, die Priorisierung des Wohlergehens der eignen BürgerInnen und die Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen werden von Natur- und IngenieurwissenschaftlerInnen eher betont als von Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen.

Die Einstellung gegenüber Zuwandernden unterscheidet sich bei Personen mit Migrationshintergrund und ohne Migrationshintergrund nur hinsichtlich der Aussage, dass Zuwandernde die Kriminalitätsrate erhöhen. Personen mit Migrationshintergrund stimmen dieser Aussage eher zu als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch bezüglich der Einstellung gegenüber Flüchtlingen gibt es zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund nur wenige Unterschiede. Personen mit Migrationshintergrund sind im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund eher der Meinung, dass Flüchtlinge die deutsche Wirtschaft überfordern und Flüchtlinge zu viele kulturelle Unterschiede nach Deutschland bringen.

## **2.6 Gerechtfertigte Gründe für die Aufnahme von AsylbewerberInnen**

Der Grund, der laut den meisten Befragten (91 Prozent) eine Aufnahme von AsylbewerberInnen in Deutschland rechtfertigt, ist (Bürger-)Krieg im Heimatland. Auch Verfolgen im Heimatland aus verschiedenen Gründen rechtfertigt für die meisten Befragten eine Aufnahme von AsylbewerberInnen. Eine fehlende Zukunftsperspektive sowie Korruption und Bandenkriminalität im Heimatland rechtfertigen nur für einen geringen Anteil der Befragten (17 Prozent; 16 Prozent)

eine Aufnahme von AsylbewerberInnen. In Deutschland lebende Angehörige und wirtschaftliche Unsicherheit im Heimatland sind die beiden Gründe, die von den wenigsten Befragten (13 Prozent; 7 Prozent) als gerechtfertigte Gründe für eine Aufnahme von AsylbewerberInnen angesehen werden (s. Abb. 6).

Interessant ist, dass signifikant mehr Frauen (53 Prozent) als Männer (39 Prozent) der Meinung sind, dass eine Hungerskatastrophe im Heimatland eine Asylaufnahme rechtfertigt ( $\chi^2(1, 4.540) = 86,24, p < ,001, \Phi = ,14$ ) und dass ebenfalls signifikant mehr Frauen (95 Prozent) als Männer (89 Prozent) (Bürger-) Krieg im Heimatland als gerechtfertigten Grund für eine Asylaufnahme nennen ( $\chi^2(1, 4.540) = 53,75, p < ,001, \Phi = ,11$ ).

Differenziert nach Geschlecht, Studiendisziplin oder Migrationshintergrund zeigen sich aber sonst kaum Unterschiede in der Rangfolge der Gründe, die eine Asylaufnahme rechtfertigen. (Bürger-) Krieg und politische Verfolgung im Heimatland werden auch in allen Teilgruppen von den meisten Befragten als die Hauptgründe gesehen, die eine Asylaufnahme rechtfertigen, während in allen Teilgruppen nur wenige Befragte der Meinung sind, dass in Deutschland lebende Angehörige und wirtschaftliche Unsicherheit im Heimatland eine Asylaufnahme rechtfertigen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Befragten allgemein die Gründe, die eine Asylaufnahme rechtfertigen, kennen. Dies lässt vermuten, dass die Befragten politisch interessiert und gut gebildet sind.

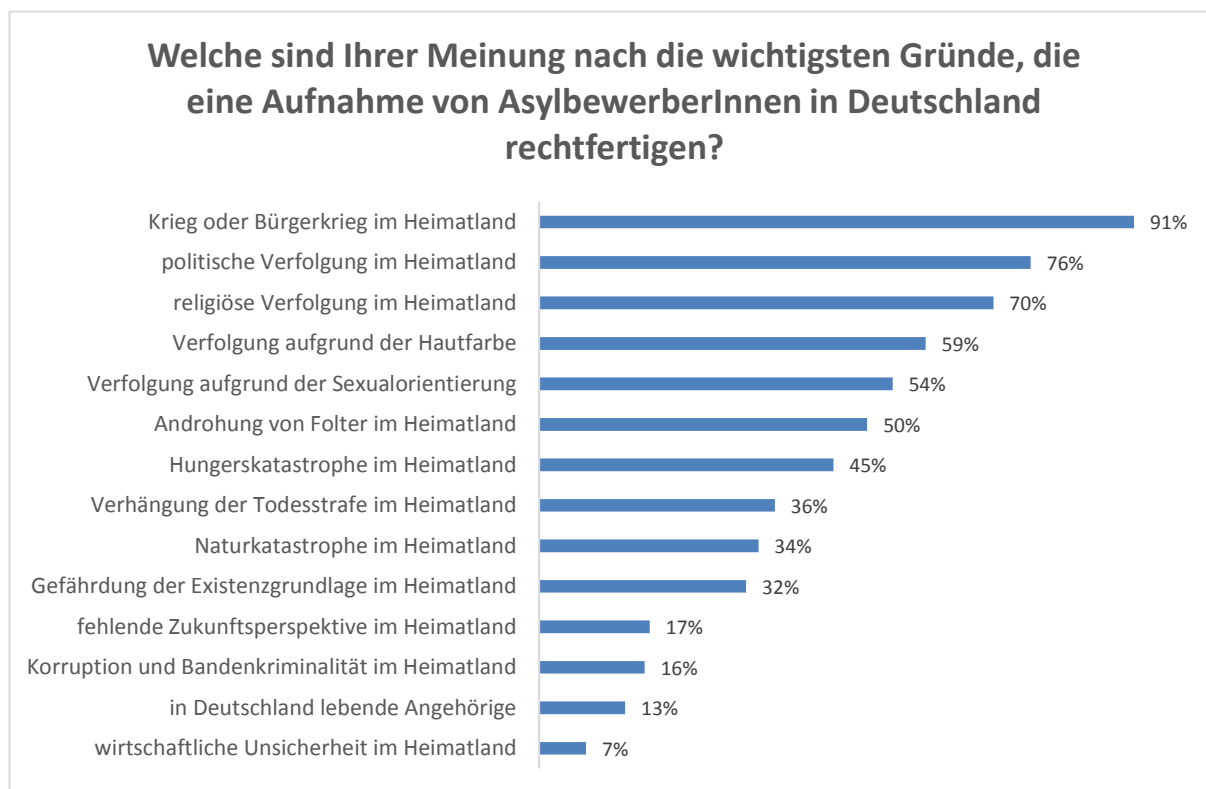


Abbildung 6: Gerechtfertigte Gründe für die Aufnahme von AsylbewerberInnen

## 2.7 Politikverdrossenheit und Politik in Deutschland

Auch die Fragen zu Politikverdrossenheit, -interesse und -verständnis stärken die Vermutung, dass die Befragten eine hohe politische Bildung aufweisen. Politikverdrossenheit ist unter den Befragten nicht sehr stark verbreitet (s. Abb. 7). Der Aussage, dass die eigene Person keinen Einfluss auf die Regierung hat stimmen nur 27 Prozent der Befragten zu und der Aussage, dass PolitikerInnen sich nicht für die Meinung der eigenen Person interessieren stimmen nur knapp ein Drittel der Befragten (30 Prozent) zu.

Um die Kompetenz der Befragten im Bereich Politik zu messen, wurde die subjektive Einschätzung der Befragten erfasst. Der Aussage, dass die/der jeweilige Befragte ziemlich gut über die wichtigen politischen Themen in Deutschland Bescheid weiß, stimmen mehr als die Hälfte der Befragten zu (59 Prozent). Nur 11 Prozent der Befragten lehnen diese Aussage ab.

Die Aussage, dass Politik zu kompliziert ist, um zu verstehen, worum es geht, lehnt knapp die Hälfte der Befragten ab (47 Prozent). Allerdings stimmen dieser Aussage auch knapp ein Viertel der Befragten zu (24 Prozent).

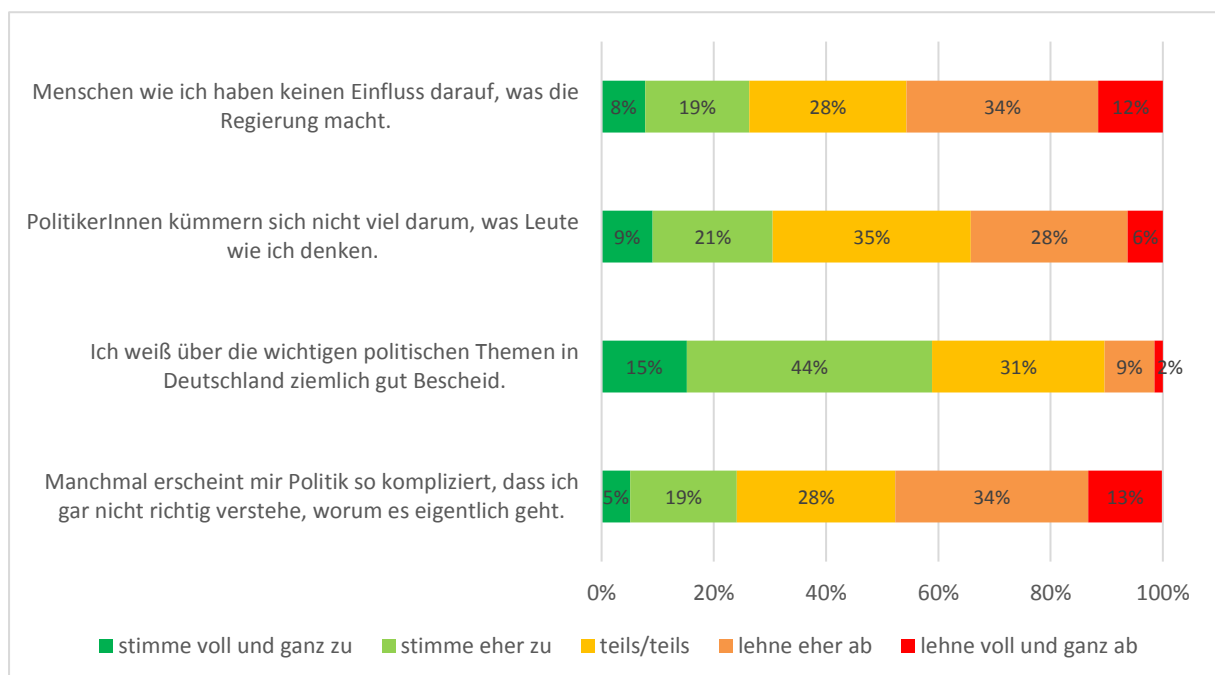


Abbildung 7: Politikverdrossenheit, Politikwissen, Politikverständnis

Differenziert nach Geschlecht gibt es nur hinsichtlich der selbst eingeschätzten Kompetenz im Bereich Politik und des Politikverständnisses signifikante Unterschiede. Frauen fühlen sich im Vergleich zu Männern weniger gut über die wichtigen politischen Themen in Deutschland informiert und stimmen der Aussage, dass Politik zu kompliziert ist, um zu verstehen, worum es geht, eher zu.

---

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch für die verschiedenen angestrebten Studiendisziplinen. Hinsichtlich der Politikverdrossenheit gibt es keine signifikanten Unterschiede. Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen sowie NaturwissenschaftlerInnen fühlen sich über die wichtigen politischen Ereignisse in Deutschland besser informiert als IngenieurwissenschaftlerInnen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass IngenieurwissenschaftlerInnen im Vergleich zu NaturwissenschaftlerInnen Politik als komplizierter empfinden.

Personen mit Migrationshintergrund haben im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund eher das Gefühl, dass PolitikerInnen sich nicht für ihre Meinung interessieren. Personen mit Migrationshintergrund schätzen ihre Kompetenz im Bereich Politik niedriger ein als Personen ohne Migrationshintergrund. Auch in diesem Fall könnte dies darauf zurück zu führen sein, dass Personen mit Migrationshintergrund der Aussage, dass Politik zu kompliziert ist, um zu verstehen, worum es geht, eher zustimmen als Personen ohne Migrationshintergrund.

---

## Literaturverzeichnis

BertelsmannStiftung. (2017). *Willkommenskultur im „Stresstest“. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/12*. Gütersloh: BertelsmannStiftung.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2017). *Das Bundesamt in Zahlen 2016. Asyl, Migration und Integration*. Nürnberg: BAMF.

Bundeszentrale für politische Bildung. (2015). *Focus. Migration. Das Jahr 2015: Flucht und Flüchtlinge im Fokus – ein Rückblick*. Bonn: bpb.

Europäische Union. (2016). *Die EU und die Flüchtlingskrise*. Luxemburg: EU. doi:10.2775/197119

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (2016). *IAB-Forschungsbericht. IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse*. Nürnberg: IAB

Küpper, B., Rees, J. & Zick, A. (2016). Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung. In A. Zick, B. Küpper & D. Krause (Eds.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 83-110). Bonn: Dietz.

Zeit Online. (2015). *Schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Zweiten Weltkrieg*. Abgerufen von: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-08/fluechtlinge-eu-kommission-dimitris-avramopoulos>

---

## Anhang: Methode

### Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Studie

Um ein umfassendes Bild der Einstellung von jungen Menschen am Bildungsübergang von der Schule in die Universität gegenüber Zuwandernden und Flüchtlingen zu erhalten und deren Meinungsbild zu dem Prozess der Globalisierung und der Europäischen Union sowie der Situation in Deutschland einzuholen, wurde im Rahmen der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung eine Vollerhebung aller StudienbewerberInnen der TU Darmstadt der Jahre 2012 bis 2015 angestrebt. Insgesamt wurden 66.535 StudienbewerberInnen der TU Darmstadt zu der Befragung eingeladen. Die Zusammensetzung war wie folgt: 18.247 StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2012, 17.050 StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2013, 15.848 StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2014 und 15.317 StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2015<sup>1</sup>.

### Methode, Aufbau und Inhalte des Fragebogens

Die Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung wurde als Online-Befragung realisiert. Online-Befragungen eignen sich insbesondere für Populationen mit einem hohen Abdeckungsgrad an Personen, die Zugang zum Internet haben. StudienbewerberInnen zählen zu solchen Populationen und da ebenfalls ein Register der Emailadressen der StudienbewerberInnen vorlag, konnte eine Verzerrung der Umfragequalität durch den Coverage-Fehler nahezu ausgeschlossen werden. Auch die allgemeinen Potenziale von Online-Befragungen, wie die leichte, kostengünstige und schnelle Umsetzung, waren wichtige Argumente für die Umsetzung der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung als Online-Befragung.

Der Fragebogen gliederte sich im Wesentlichen in sechs Themenkomplexe:

- (a) Globalisierung
- (b) Europäische Union
- (c) Politik in Deutschland
- (d) Flüchtlingskrise
- (e) Exkurs zur Internetnutzung
- (f) Standarddemographie

Um die Einstellung gegenüber der Globalisierung abbilden zu können, umfasst der Fragebogen im ersten Abschnitt Fragen zu der Vor- bzw. Nachteilhaftigkeit der Globalisierung auf drei verschiedenen Ebenen und eine Frage zu der Einschätzung, welche Institutionen besonders von der Globalisierung profitieren.

---

<sup>1</sup> 73 StudienbewerberInnen erbat die Löschung ihrer Daten.

---

Die Einstellung gegenüber der Europäischen Union wurde anhand der Kriterien Kosten und Nutzen der EU Erweiterung, Ablehnung der EU und Bevorzugung einer Landesregierung beurteilt. Die Befragten bewerteten, ob die Erweiterung der Europäischen Union zu schnell verlaufen ist, der Zusammenhalt in Europa durch die Erweiterung geschwächt wurde, die Erweiterung der Europäischen Union zu viele kulturelle Unterschiede hervorgerufen hat, die Landesregierung für die BürgerInnen einer Nation besser sorgen kann als die Europäische Union und Deutschland aus der Europäischen Union austreten soll.

Die Beurteilung der deutschen Politik erfolgte anhand der Kriterien Politikverdrossenheit, Politikinteresse, Politikverständnis und aktuelle politische Herausforderungen für Deutschland.

Abschließend wurden im Fragebogen Fragen zu den Kosten und Nutzen für Deutschland durch Zuwandernde und Flüchtlinge und eine Frage zu Gründen, die eine Aufnahme von AsylbewerberInnen rechtfertigen, gestellt, um die Einstellung gegenüber Zuwandernden und Flüchtlingen analysieren zu können.

## **Feldphase**

Die gesamte Feldphase der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung erstreckte sich über den Zeitraum vom 11.03.2016 bis 31.03.2016.

Die Einladungen zu der Online-Befragung wurden in drei Wellen an die StudienbewerberInnen versendet. Die ersten 1.000 StudienbewerberInnen wurden am 11.03.2016 zu der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung eingeladen. Die Personen dieses Subsamples dienten als Testpersonen, um die Funktionalität des Emailsystems und des Fragebogens zu überprüfen.

Die Ergebnisse des Tests führten dazu, dass kleine Veränderungen vorgenommen wurden. Drei zusätzliche Fragen wurden hinzugefügt, die Antwortreihenfolge einer Frage wurde leicht angepasst, der Wortlaut von insgesamt vier Items einer Matrixfrage wurde geändert und ein doppelt aufgeführtes Item wurde durch ein vergessenes Item ersetzt.

Um eine maximale Ausschöpfungsquote des Pretestsamples zu erzielen, wurden die im ersten Anlauf nicht antwortenden Testpersonen nach einer viertägigen Feldphase planmäßig im Rahmen einer Nachfassaktion erneut zur Befragung eingeladen (n=957). Zusätzlich wurden weitere 20.000 StudienbewerberInnen am 15.03.2016 erstmals zu der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung eingeladen. An die verbleibenden 45.535 StudienbewerberInnen wurden einen Tag später, am 16.03.2016, die Einladungen zu der Online-Befragung versendet, so dass die Gefahr einer Überlastung des Servers verringert werden konnte.

## Teilnahmeverhalten und Stichprobenqualität

Insgesamt wurden zu der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung 66.535 StudienbewerberInnen eingeladen. 2.761 der StudienbewerberInnen konnten aufgrund unzustellbarer E-Mail-Einladungen nicht erreicht werden und 73 StudienbewerberInnen erbaten die Löschung ihrer Daten. Die meisten Abbrüche erfolgten gleich zu Beginn der Befragung und bei der Überleitung zu dem Exkurs zum Thema „Internetnutzung“ (Startseite: n=322, erste Frage: n=144, zweite Frage=228; Überleitung: n=67). Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer des Onlinefragebogens lag bei 25 Minuten.

Tabelle 3: Merkmale Bewerbungsjahr, Geschlecht und Fach-/Studienbereich der StudienbewerberInnen in Brutto- und Nettostichprobe (Angaben in Prozent, N in Klammern)

	Abbildung der Bruttostichprobe		
	Bruttostichprobe	Realisierte Stichprobe	Gewichtete Stichprobe
<b>Bewerbungsjahr</b>			
2012	27,5	21,2	26,9
2013	25,7	25,8	26,0
2014	23,8	27,1	24,2
2015	23,0	25,9	22,9
Gesamt	100,0	100,0 (4.620)	100,0 (4.620)
<b>Geschlecht</b>			
männlich	57,8	60,5	55,9
weiblich	42,2	39,5	44,1
Gesamt	100,0	100,0 (4.620)	100,0 (4.620)
<b>Fach-/Studienbereich</b>			
FB 1 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	12,8	10,8	12,8
FB 2 Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften	12,4	14,3	12,4
FB 3 Humanwissenschaften	19,0	14,7	19,0
FB 4 Mathematik	2,2	3,5	2,2
FB 5 Physik	2,1	3,1	2,1
FB 7 Chemie	2,1	2,3	2,1
FB 10 Biologie	6,6	5,9	6,6
FB 11 Material- und Geowissenschaften	2,5	3,2	2,5
FB 13 Bauingenieurwesen und Geodäsie	8,4	8,7	8,4
FB 15 Architektur	6,0	4,7	6,0
FB 16 Maschinenbau	11,7	12,6	11,7
FB 18 Elektrotechnik und Informationstechnik	3,4	3,9	3,4
FB 20 Informatik	8,1	9,0	8,1
Studienbereich Mechanik	0,3	0,3	0,3
Studienbereich Informationssystemtechnik	0,3	0,6	0,3
Studienbereich Computational Engineering	0,5	0,7	0,5
Studienbereich Mechatronik	1,3	1,5	1,3
Studienbereich Energy Science and Engineering	0,2	0,3	0,2
Gesamt	100,0	100,0 (4.620)	100,0 (4.620)

Ausgehend von der bereinigten Gesamtzahl der 63.701 StudienbewerberInnen liegt die Ausschöpfungsquote insgesamt bei 7 Prozent (n=4.620). Die realisierte Stichprobe der vorliegenden Untersuchung zeigt verzerrende Effekte infolge von Nonresponse. Betrachtet man das Merkmal Bewerbungsjahr der StudienbewerberInnen in Tabelle 3, so zeigt sich eine Unterrepräsentation der StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2012 und eine größere Teilnahmebereit-



---

schaft der StudienbewerberInnen aus den Jahren 2014 und 2015. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich StudienbewerberInnen aus den Jahren 2014 und 2015, die nicht an der TU Darmstadt studieren, noch eher an ihre Bewerbung an der TU Darmstadt erinnern können als StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2012, die nicht an der TU Darmstadt studieren. Der Bezug zur TU Darmstadt könnte demnach erklären, warum StudienbewerberInnen aus den Jahren 2014 und 2015 in der realisierten Stichprobe der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung überrepräsentiert sind und StudienbewerberInnen aus dem Jahr 2012 unterrepräsentiert. Auch beim Geschlecht der StudienbewerberInnen treten Abweichungen in der realisierten Stichprobe von der Bruttostichprobe aller StudienbewerberInnen in Erscheinung. Demnach haben in der Globalisierungs- und Flüchtlingsbefragung überproportional mehr Männer, jedoch weniger Frauen teilgenommen.

Die Verteilung des Merkmals Fach-/Studienbereich in der realisierten Stichprobe nähert sich weitgehend der Verteilung der Bruttostichprobe an. Lediglich StudienbewerberInnen der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Humanwissenschaften, Biologie und Architektur sind in der vorliegenden Stichprobe schwächer vertreten, während die StudienbewerberInnen der Fachbereiche Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, Mathematik, Physik, Material- und Geowissenschaften, Maschinenbau und Informatik im Vergleich zur Bruttostichprobe leicht überrepräsentiert sind.

Die Abweichungen der realisierten Stichprobe der StudienbewerberInnen von der Bruttostichprobe in Bezug auf die drei genannten Merkmale sind signifikant und deshalb als problematisch zu bewerten, weshalb eine Nonresponse Gewichtung vorgenommen wurde. Zur Gewichtung wurde die Raking-Prozedur verwendet. Die Verteilungen der Merkmale Geschlecht, Bewerbungsjahr und Fach-/Studienbereich wurden an die Randverteilungen der Bruttostichprobe angepasst. Diese Variablen wurden ausgewählt, da sie sowohl für die Bruttostichprobe als auch für die Nettostichprobe vorliegen. Zuerst wurden Gewichtungsfaktoren auf Basis der Teilkombination Geschlecht mal Bewerbungsjahr berechnet. Nach einer weiteren iterativen Raking-Prozedur auf Basis des Merkmals Fach-/Studienbereich wurde die Raking-Prozedur beendet, da die Verteilung der drei Merkmale in der gewichteten Stichprobe sich nicht mehr signifikant von der Verteilung der drei Merkmale in der Bruttostichprobe unterschied. Die Gewichtungsfaktoren weisen Werte zwischen 0,48 und 1,70 auf. In der dritten Spalte von Tabelle 3 wird die Verteilung der drei Merkmale nach der Gewichtung aufgeführt. Die Merkmale Bewerbungsjahr und Geschlecht zeigen nach der Gewichtung immer noch leichte Abweichungen zu der Bruttostichprobe der StudienbewerberInnen. Diese sind jedoch nicht mehr signifikant und aufgrund der geringen Größe als unproblematisch zu bewerten.